

Subventionen in der Schifffahrt – wie die Politik die Reeder verwöhnt

Anmoderation

Anja Reschke:

„Wenn man das Wort Subvention hört, dann denkt man an Bergleute oder Milchbauern. Man denkt nicht an Reeder. Reeder – dann hat man so Menschen wie Aristoteles Onassis im Kopf und der brauchte nun wirklich keine Finanzspritze. Nun wollen wir nicht ungerecht werden, den deutschen Reedern ging es vor 10 Jahren wirklich nicht gut. Sie wollten sogar ins Ausland abwandern. Das wiederum wollte die Regierung verhindern und half mit großen Steuererleichterungen. Die Reeder sind geblieben, dafür sind viele ihrer Schiffe ins Ausland gegangen. Steuererleichterungen gibt's trotzdem. Was wie Seemannsgarn klingt, ist eine wahre Geschichte aus Deutschlands Subventionsdschungel – erzählt von Christiane Justus.“

Das deutsche Containerschiff „Hanjin Madrid“ auf dem Weg nach Hamburg. 4000 Container hat das Schiff in Asien geladen. Bauteile, Möbel, Kleidung. Ein tolles Geschäft, denn die Einfahrt nach Hamburg ist die Einfahrt in ein Steuerparadies, dank der sogenannten Tonnagesteuer.

O-Ton

Helmut Ponath,

Reeder:

„Den Reedern geht's seit 1985 wieder relativ gut, in den letzten Jahren sogar sehr gut. Und da ist natürlich die Tonnagesteuer eine Erleichterung gewesen, zweifelsohne.“

O-Ton

Claus-Peter Offen,

Reeder:

„Ich würde mal sagen, dass die Tonnagesteuer einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet hat, die Situation der Schifffahrt, speziell auch der deutschen Schifffahrt, deutlich zu verbessern.“

Die Tonnagesteuer, der Traum eines jeden Unternehmers. Denn statt ganz normal die Gewinne zu versteuern, zahlt der Reeder nur einen jämmerlichen Pauschalbetrag. Nicht mal einen Cent pro Tonne, obwohl die Gewinne um ein zigfaches höher sind. Die Tonnagesteuer - ein Geschenk der Politik. Bei der Maritimen Konferenz in Hamburg trifft die Bundeskanzlerin auf ihre Millionäre. Eine kleine Gegenleistung hatte die Politik gefordert: wieder mehr Schiffe unter deutscher Flagge und damit wieder mehr Arbeitsplätze für deutsche Seeleute. Öffentlichkeitswirksam wurde deshalb immer wieder auf einzelnen Schiffen die deutsche Flagge gehisst. Und die Regierung applaudiert:

O-Ton

Angela Merkel (CDU),

Bundeskanzlerin,

04.12.06

„Ich möchte dankend sagen, dass die Schifffahrt ihre Versprechungen und Zusagen eingehalten hat, dass wieder mehr Schiffe unter deutscher Flagge fahren können.“

Mehr Schiffe unter deutscher Flagge? Die Politik müsste es besser wissen. Die Fakten sehen völlig anders aus. Die Zahl der Schiffe unter deutscher Flagge ist gesunken - um die Hälfte auf nur noch 410. Dagegen ist die Zahl der deutschen Schiffe unter ausländischer

Flagge deutlich gestiegen - auf 2200. An Bord aber nur billigere ausländische Arbeitskräfte. Und trotzdem profitieren auch diese Schiffe vom Geschenk der Tonnagesteuer.

O-Ton

Prof. Rudolf Hickel,

Wirtschaftswissenschaftler:

„Wenn da nichts Nachhaltiges passiert, wenn der Trend, sozusagen der wachsenden Ausflagging seit 1998 über 230%, wenn der nicht gebrochen wird, dann ist es keine Subvention mehr zur Erhaltung eines Wirtschaftsbereichs, sondern das ist im Grunde genommen in der Gefahr, eine reine Abzocke zu werden und dagegen muss die Politik vorgehen.“

Aber die Abzocke wird in Deutschland auch noch leicht gemacht. Trotz des Steuergeschenks – nie war es so einfach, deutsche Seeleute gegen ausländische auszutauschen. Es reicht ein Antrag auf zeitweise Ausflagging und die simple Begründung, dass der *„Personalaufwand unter deutscher Flagge teurer ist als unter ausländischer Flagge.“* Und dann urteilt die Behörde.

O-Ton

Helmut Ponath,

Reeder:

„So dass die Bundesregierung das im Grunde genommen in der Hand hat, es selbst zu regulieren. Können einfach sagen, nein, wir geben keine Genehmigung. Aber sie geben momentan ja positive Bescheide aus, so dass also der Antrag nicht negativ beschieden wird, sondern positiv.“

Ursprünglich war die ausländische Flagge für deutsche Reeder ausschließlich als Ausnahmeregelung zur Überbrückung wirtschaftlicher Notlagen gedacht. Wir recherchieren, stellen fest: 1312 Anträge wurden im vergangenen Jahr gestellt - kaum zu glauben, aber alle, wirklich alle wurden genehmigt.

O-Ton

Margrit Wetzel, SPD

Bundestagsabgeordnete:

„Eine Ausnahme ist das nicht mehr. Das ist inzwischen die Regel geworden. Die Reeder stellen den Antrag auf befristete Ausflagging, der wird genehmigt und damit bleibt dann die Möglichkeit, Tonnagesteuer für diese ausgeflaggten Schiffe in Anspruch zu nehmen.“

Zuständig ist das Bundesverkehrsministerium, wir bitten um ein Interview mit Minister Tiefensee. Als Antwort: weitschweifige schriftliche Erklärungen, keine Stellungnahme zu den Genehmigungen.

Wir fragen noch mal nach, aber das Ministerium mauert. Und nach erneuter Anfrage treffen wir Minister Tiefensee am Rande einer Pressekonferenz. Trotz der klaren Fakten, der Minister versucht aus einem Desaster einen Erfolg zu machen:

PANORAMA:

„Was sagen Sie dazu, dass ihre Behörde all diese Anträge genehmigt?“

O-Ton

Wolfgang Tiefensee, SPD

Verkehrsminister:

„Wir haben in der Vergangenheit eine Menge dafür getan, dass es die so genannten Rückflaggungen gibt, dass wir also Schiffe, die unter ausländischer Flagge fahren, wieder zurück holen in den deutschen Flaggenstaat.“

PANORAMA:

„Während parallel immer mehr ausflaggen?“

O-Ton

Wolfgang Tiefensee, SPD

Verkehrsminister:

„Ich weiß nicht...können Sie mal ausschalten?“

Ein Minister, der keine Antwort auf kritische Fragen geben kann, ein Ministerium, das es den Reedern in Deutschland um jeden Preis recht machen will.

O-Ton

Prof. Rudolf Hickel,

Wirtschaftswissenschaftler:

„Es werden im Grunde genommen Augen zugeedrückt, nach dem Motto, na ja, gut, dann nehmt euch den Vorteil der Billigflagge noch mit, aber damit bricht die Rechtfertigung der Subvention zusammen.“

O-Ton

Margrit Wetzel, SPD,

Bundestagsabgeordnete:

„Ich hab mehrfach nachgefragt bei den Verantwortlichen im Ministerium, was man tun könne, um eine schärfere Bedarfsprüfung bei der befristeten Ausflaggung zu machen und dabei ist mir dann eben gesagt worden, dass das eindeutig nicht der politische Wille ist.“

Der politische Wille folgt offensichtlich dem Willen der reichen Reeder – auf Kosten des Steuerzahlers. Mehr Arbeitsplätze auf See jedenfalls gibt es nicht. Experten haben berechnet: 1 Milliarde Euro schenkt der Staat den Reedern jährlich – ohne die Gegenleistung wirklich einzufordern.

Bericht: Christiane Justus

Kamera: Marcel Tauer

Schnitt: Swantje Kammann